
P R O T O K O L L
über die Sitzung des Sozialausschusses des Landkreises Cloppen-
burg am Dienstag, dem 08.09.2026, 17:00 Uhr, im Sitzungssaal 2 des
Kreishauses in Cloppenburg

Anwesend

Vorsitzende/r

- | | |
|-------------------------|----------------------|
| 1. Kreistagsabgeordnete | Christa Preuth-Stuke |
|-------------------------|----------------------|

Mitglieder

- | | |
|---------------------------|-------------------------------------|
| 2. Kreistagsabgeordnete | Carolin Abeln |
| 3. Kreistagsabgeordneter | Rasmus Braun |
| 4. Kreistagsabgeordneter | Hannes Coners |
| | Vertretung für Herrn Stephan Christ |
| 5. Kreistagsabgeordnete | Ruth Fangmann |
| 6. Kreistagsabgeordneter | Herbert Holthaus |
| 7. Kreistagsabgeordneter | Johannes Kalvelage |
| 8. Kreistagsabgeordneter | Klaus Karnbrock |
| 9. Kreistagsabgeordneter | Josef Osterkamp |
| 10. Kreistagsabgeordneter | Stefan Riesenbeck |
| 11. Kreistagsabgeordneter | Hermann Schröer |
| 12. Kreistagsabgeordneter | Henning Stoffers |
| 13. Kreistagsabgeordneter | Dr. Sebastian Vaske |
| 14. Kreistagsabgeordnete | Judith Vey-Höwener |

Zugewählte beratende Mitglieder

- | | |
|--|---|
| 15. Verein der Integrationslotsen im Land- | Mina Amiry |
| kreis Cloppenburg e. V. | |
| 16. Diakonisches Werk | Sandra Cancino |
| | Vertretung für Frau Martina Fisser |
| 17. Der Paritätische Cloppenburg | Christian Hüser |
| | Vertretung für Frau Dorothee Rensen |
| 18. Deutsches Rotes Kreuz | Johannes Wilhelm |
| | Herr Wilhem verließ um 18.00 Uhr die Sitzung. |

Verwaltung

- | | |
|---|---------------------|
| 19. Mitarbeiter im Gesundheitsamt | Christoph Essing |
| 20. Gleichstellungsbeauftragte | Marén Feldhaus |
| 21. Leiterin Amt für Bildung, Integration | Dr. Stefanie Föbker |
| und Demografie | |
| 22. Kreisverwaltungsoberrätin | Carola Krenke |
| 23. Erster Kreisrat | Ansgar Meyer |
| 24. Pressesprecher | Sascha Rühl |
| 25. Kreisrat | Thomas Willen |

Protokollführerin



26. Kreisverwaltungsrätin

Sandra Helmes

Es fehlten:

27. Landes-Caritasverband

Dietmar Fangmann

28. Kreistagsabgeordneter

Dirk Koopmann

29. Kreistagsabgeordneter

Sven Sager

30. Arbeiterwohlfahrt

Brigitte Siebum

31. Beirat für Menschen mit Behinderung

Renate Wingbermühle-Rißmann

Tagesordnung:

- 1 . Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 . Feststellung der Tagesordnung
- 3 . Einwohnerfragestunde
- 4 . Genehmigung des Protokolls vom 28.05.2026
- 5 . Informationen zum Stand der Pflegeausbildung
- 6 . Integrierte Sozialplanung am Beispiel der Suchtberatung
- 7 . Antrag der Stiftung St. Vincenzhaus auf Gewährung eines Zuschusses für das Jahr 2027 für die Fachstelle Sucht und Suchtprävention V-SOZ/26/205
- 8 . Antrag des Vereins "Kontaktstelle und Krisendienst im Landkreis Cloppenburg e.V." auf Gewährung eines Zuschusses für den nicht-ärztlichen Krisendienst für die Jahre 2027 - 2029 V-SOZ/26/206
- 9 . Antrag des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. (SkF) auf Gewährung eines Zuschusses zu den Personalkosten zur Unterstützung sexual-pädagogischer Präventionsarbeit in Schulklassen für die Jahre 2027-2028 V-SOZ/26/207
- 10 . Antrag des Betreuungsvereins Cloppenburg e.V. auf Gewährung eines Zuschusses zur Finanzierung von Querschnittsaufgaben für die Jahre 2027-2029 V-SOZ/26/208
- 11 . Weitere Bezuschussung Koordinierungsstelle Hospiz- und Palliativnetzwerk Landkreis Cloppenburg nach § 39d Absatz 3 SGB V für die Jahre 2027-2029 V-SOZ/26/209
- 12 . Anregungen und Beschwerden
- 13 . Anfragen (Gem. § 15 II GO spätestens 3 Tage vor der Sitzung schriftlich beim Landrat eingereicht)
- 14 . Mitteilungen

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, Kreistagsabgeordnete Preuth-Stuke, eröffnete um 17:00 Uhr die Sitzung, begrüßte die anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

2. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde von den Ausschussmitgliedern – wie veröffentlicht – angenommen.

3. Einwohnerfragestunde

Vorsitzende Preuth-Stuke stellte fest, dass Fragen bzw. Wortmeldungen zur Einwohnerfragestunde nicht vorlagen.

4. Genehmigung des Protokolls vom 28.05.2026

Die Niederschrift über die Sitzung vom 28.05.2026 wurde – bei zwei Enthaltungen – einstimmig genehmigt.

5. Informationen zum Stand der Pflegeausbildung

Leiterin des Amtes für Bildung, Integration und Demografie Dr. Föbker gab Informationen zum Sachstand der Pflegeausbildung. Die Präsentation ist dem Protokoll beigelegt.

Kreistagsabgeordnete Fangmann erkundigte sich, warum die Krankenhäuser in Cloppenburg und Quakenbrück sich zurückhaltend zur Bereitstellung von Ausbildungskapazitäten für die zukünftige Ausbildung in der Pflegefachassistenz geäußert hätten.

Amtsleiterin Dr. Föbker begründete dies damit, dass Quakenbrück eine eigene Pflegeschule vorhalte und zudem mit anderen Pflegeschulen im Landkreis Osnabrück kooperiere, die ebenfalls zusätzliche Ausbildungskapazitäten benötigten. Ähnlich sei es beim Krankenhaus in Cloppenburg, das mit dem Bildungszentrum der Schwester Euthymia Stiftung ebenfalls eine eigene Ausbildung durchführe.

Kreistagsabgeordnete Fangmann gab zu bedenken, dass oftmals auch die Personaldecke im Krankenhaus selbst zu dünn sei, um Ausbildung sicherzustellen.

Sie fragte weiter, wie viele der begonnenen schulischen Ausbildungen beendet würden. Sie habe von einer Durchfallquote von 50 % gehört. Sei das richtig? Und seien die ausgebildeten Kräfte im Anschluss fit für den tatsächlichen Einsatz?

Amtsleiterin Dr. Föbker erläuterte, dass die Grafiken in der Präsentation den Stand zu Beginn des Schuljahres darstellten. Davon haben zwischen 50 % (Jg. 22 – 25) und 85 % (Jg. 20 – 23) die Ausbildung erfolgreich abgeschlossen. Die übrigen Auszubildenden würden die Ausbildung abbrechen,

würden gekündigt oder beständen die Prüfung nicht. Für Fachkräfte, die die Ausbildung nicht erfolgreich abschließen, gäbe es aber eine Durchlässigkeit zur Ausbildung zur Pflegefachassistenz.

Kreistagsabgeordneter Karnbrock merkte an, dass es mehr Ausbildungsstellen geben müsse. Was passiere, wenn es mehr Interessenten als Ausbildungsplätze gebe?

Amtsleiterin Dr. Föbker betonte, dass sich die Klassenstärke an der Anzahl der zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze orientieren müsse. Über die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber entscheide die Schule.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck erkundigte sich, wie es sich mit der Anwerbep Praxis für Menschen mit Migrationshintergrund verhalte.

Amtsleiterin Dr. Föbker sagte, dass diese Personen bei der Fachkräfteausbildung sehr wichtig seien und etwa 1/4 - 1/3 der Auszubildenden in den BBSen ausmachen.

Die BBSen würden von vielen Bewerberinnen und Bewerben aus dem Ausland kontaktiert. Zu den Auszubildenden in der Pflegeassistenz könne sie keine Aussage treffen. Was die Anwerbung von Auszubildenden zur Pflegefachkraft betreffe, verweise sie auf Programme der Bundesagentur für Arbeit.

Kreistagsabgeordnete Abeln hinterfragte, ob die Abbrecherquote vor der Einführung der generalistischen Pflegeausbildung niedriger gewesen sei. Oder spreche man jetzt andere Personengruppen mit der generalistischen Pflegeausbildung an?

Hierzu erklärte Amtsleiterin Dr. Föbker, dass sie zu der Abbrecherquote vor Einführung der Generalistik keine Angaben machen könne.

Was die Pflegefachassistenz betreffe, werde tatsächlich eine andere Personengruppe als in der Pflegeassistentenausbildung angesprochen. All jene, deren Motivation für die Ausbildung der Erwerb eines Realschulabschlusses gewesen sei, würden jetzt nicht mehr angesprochen. Da die Ausbildung auf 18 Monate verkürzt worden sei, erwerbe man mit dem Abschluss der Ausbildung nicht mehr den Real schulabschluss.

Kreistagsabgeordneter Coners fragte, ob eine Durchlässigkeit von der Pflegeassistenz zur Pflegefachkraftausbildung gegeben sei. Amtsleiterin Dr. Föbker erläuterte, dass eine Person mit Hauptschulabschluss und einer Assistenz Ausbildung in der Pflege von mindestens einjähriger Dauer die Voraussetzungen für eine Ausbildung zur Pflegefachkraft erfülle.

Weiter fragte Kreistagsabgeordneter Coners, ob nicht ein Einsatz der Auszubildenden in den Krankenhäusern in Westerstede oder Leer möglich sei? Das biete sich gerade bei Auszubildenden aus dem Nordkreis an.

Dies sei nur in Einzelfällen möglich, so Amtsleiterin Dr. Föbker. Vorrangig würden dort Auszubildende aus den eigenen Landkreisen ausgebildet.

Beratendes Mitglied Amiry erkundigte sich, ob während der Ausbildung zur Pflegefachassistenz nur Praktika in Krankenhäusern erfolgten.

Hierzu erklärte Amtsleiterin Dr. Föbker, dass verpflichtend 240 Stunden in der allgemeinen Langzeitpflege im stationären Setting, 240 Stunden im ambulanten Setting und 240 Stunden in der Akutversorgung abgeleistet werden müssten.

Beratendes Mitglied Amiry erkundigte sich weiter, wo die ausländischen Auszubildenden wohnen würden bzw. wer sich um deren Unterbringung kümmere.

Amtsleiterin Dr. Föbker sagte, dass sich dies individuell unterscheide. Sie verwies auf die neue Möglichkeit des Azubi-Wohnens in Cloppenburg.

Kreistagsabgeordneter Schröer sagte, dass bis zur Einführung der generalistischen Pflegeausbildung immer 32 – 34 Schüler und Schülerinnen in der Ausbildung zur Altenpflege im Bildungszentrum der Schwester Euthymia Stiftung gewesen seien. 18 – 20 Schüler und Schülerinnen seien in die Abschlussprüfungen gegangen; die Abbrecherquote in diesem Bereich sei schon immer recht hoch gewesen. Mit der Einführung der generalistischen Pflegeausbildung sei die Qualität der Bewerber zurück gegangen.

Die Anzahl der Ausbildungsplätze könne nicht durch Beschluss erhöht werden, da die Qualität der Ausbildung durch vorhandenes Personal gesichert sein müsse. Da seien die Kapazitäten begrenzt. Die Einrichtungen selbst könnten auch Verträge mit den Auszubildenden abschließen und diese dann zu den entsprechenden Schulen schicken. Bei ausländischen Auszubildenden Sorge die Einrichtung für die Unterbringung.

Kreistagsabgeordneter Schröer machte deutlich, dass ohne ausländische Auszubildende das System zusammenbreche.

Kreistagsabgeordnete Fangmann gab zu bedenken, dass der Bereich der Kinderkrankenpflege in der generalistischen Pflegeausbildung in Kindertagesstätten durchgeführt würde, da Kooperationspartner im medizinischen Bereich fehlten. In den Kindertagesstätten werde nicht das erforderliche Fachwissen für die spätere berufliche Praxis erworben.

Amtsleiterin Dr. Föbker erklärte, dass man etwa 20 Kooperationspartner für diesen Bereich habe, die sich im gesetzlichen Rahmen bewegten. Dazu gehörten auch Kindertagesstätten mit Integrationsgruppen.

Kreistagsabgeordnete Fangmann schlug vor, vor dem Beginn der Ausbildung ein Praktikum vorzuschalten. Viele der oftmals noch sehr jungen Auszubildenden seien geschockt, was in der Ausbildung auf sie zukomme bzw. von ihnen geleistet werden müsse.

Gleichstellungsbeauftragte Feldhaus fragte, ob es aus dieser Runde heraus Möglichkeiten gebe, insbesondere in der Akutpflege mehr Kapazitäten für die Auszubildenden zu schaffen.

Kreisrat Willen sagte, dass der Landkreis Mitgesellschafter der Krankenhäuser sei. Cloppenburg bilde mit der Schwester Euthymia Stiftung selber aus, auch in Friesoythe würden Plätze für Auszubildende bereitgestellt. Vermutlich seien die Kapazitäten ausgeschöpft, aber er werde dies trotzdem in den Krankenhäusern ansprechen.

Vorsitzende Preuth-Stuke bedankte sich für den Vortrag und die angeregte Diskussion.

6. Integrierte Sozialplanung am Beispiel der Suchtberatung

Leiterin des Amtes für Bildung, Integration und Demografie Dr. Föbker und Kreisverwaltungsoberrätin Krenke stellten die integrierte Sozialplanung am Beispiel der Suchtberatung vor. Die Präsentation ist dem Protokoll beigelegt.

Kreisverwaltungsoberrätin Krenke berichtete, dass hier insbesondere die Jahresberichte der Suchtberatungsstellen des St. Vincenzhauses und der Drobs ausgewertet worden sei. Zudem habe man mit dem Fachamt und den Anbietern gesprochen und sich ausgetauscht.

Kreistagsabgeordneter Coners fragte, ob es eine regionale Differenzierung zwischen den Angeboten gebe. Amtsleiterin Föbker sagte, dass jede der beiden Suchtberatungsstellen ihr spezifisches Angebot

an den jeweiligen Standorten vorhalte. Lediglich das Frühstücksangebot der Drobs gebe es ausschließlich am Standort Cloppenburg.

Kreistagsabgeordneter Coners fragte weiter, wie es sein könne, dass sich in den Jahren 2021 und 2022 die Entwicklung der beiden Angebote so konträr darstellen würde (siehe Folie 5 der Präsentation).

Zudem sagte er, dass die Beratungsstelle des St. Vincenzhaus zwei Nebenstellen im Nordkreis habe. Im Nordkreis gebe es große Problematiken im Zusammenhang mit Suchtmitteln. Arbeite die Beratungsstelle in diesem Bereich auch mit den Kommunen (z.B. Jugendzentren) zusammen?

Kreisverwaltungsoberrätin Krenke gab zu bedenken, dass die Entwicklung in den Jahren 2021 und 2022 auf die Corona-Pandemie zurückzuführen sei. Kreistagsabgeordneter Dr. Vaske ergänzte, dass ggf. die Teillegalisierung des Cannabiskonsums ein Grund sein könne. Zudem ergänzte er, dass die Suchtberatungsstelle des St. Vincenzhauses im Nordkreis nur auf Termin tätig werde und nur im Bereich der legalen Drogen zuständig sei. Bei Bedarf werde an die Drobs verwiesen. Gebe es Überlagerungen in den Zuständigkeiten, würden ggf. auch beide Beratungsstellen tätig.

Amtsleiterin Föbker stellte in Aussicht, dass die integrierte Sozialplanung perspektivisch eine Einbindung der Kommunen vorsehe. So weit sei man aber noch nicht.

Kreisrat Willen ergänzte, dass man mit der integrierten Sozialplanung eine passgenaue Versorgung erreichen wolle. Dafür werde überprüft, wann ein Angebot passend sei, wo es ein Zuviel gebe oder wo ggf. nachgesteuert werden müsse. Bewilligungszeiträume ähnlicher Angebote würden angepasst, um so eine Vergleichbarkeit herzustellen. Es werde dabei abgestimmt, wie man sich insgesamt im Landkreis Cloppenburg aufstellen wolle.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck sagte, dass er die integrierte Sozialplanung befürworte. Sie ermögliche, Doppelstrukturen zu vermeiden, aber auch, Versorgungslücken zu schließen. Die Anpassung der Bewilligungszeiträume und die Vereinheitlichung der statistischen Daten bringe Transparenz.

Kreistagsabgeordnete Fangmann sprach ihren persönlichen Dank aus dafür, dass hier insbesondere die Familien im Blick behalten würden.

Vorsitzende Preuth-Stuke bedankte sich für die Informationen zum aktuellen Sachstand der integrierten Sozialplanung im Landkreis Cloppenburg.

7. Antrag der Stiftung St. Vincenzhaus auf Gewährung eines Zuschusses für das Jahr 2027 für die Fachstelle Sucht und Suchtprävention
Vorlage: V-SOZ/26/205

Kreistagsabgeordneter Dr. Vaske erklärte sich bei diesem Tagesordnungspunkt für befangen und nahm nicht an der Beratung und Beschlussfassung teil.

Mitarbeiter im Gesundheitsamt Essing trug entsprechend der Vorlage vor.

Kreisrat Willen ergänzte, dass vorab mit dem St. Vincenzhaus besprochen worden sei, dass man den Beschlussvorschlag zunächst befristet auf ein Jahr fassen wolle. Damit passe man die Beschlusszeiträume für die Suchtberatungsstellen einander an.

Kreistagsabgeordnete Vey-Höwener fragte, ob die Außenstellen bzw. die Erreichbarkeit in den Außenstellen an einem Tag ausreichend seien. Dies müsse man im Blick behalten.

Vorsitzende Preuth-Stuke stellte den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Kreistag zu beschließen:

Der Stiftung St. Vincenzhaus wird für die Fachstelle Sucht und Suchtprävention für das Haushaltsjahr 2027 ein Zuschuss in Höhe von 612.490,73 EUR in Form eines Festbetrages gewährt.

-
- 8. Antrag des Vereins "Kontaktstelle und Krisendienst im Landkreis Cloppenburg e.V." auf Gewährung eines Zuschusses für den nichtärztlichen Krisendienst für die Jahre 2027 - 2029**
Vorlage: V-SOZ/26/206
-

Mitarbeiter im Gesundheitsamt Essing trug entsprechend der Vorlage vor.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck sagte, dass die SPD diesen Antrag unterstütze. Es sei bemerkenswert, dass es keine Kostensteigerungen gebe. Die ehrenamtliche Arbeit, die dort geleistet werde, werde sehr wertgeschätzt und sei sehr wichtig.

Vorsitzende Preuth-Stuke verlas den Beschlussvorschlag.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Kreistag zu beschließen:

Dem Verein „Kontaktstelle und Krisendienst im Landkreis Cloppenburg e.V.“ wird für die Jahre 2027 - 2029 ein Zuschuss in Höhe von jährlich bis zu 21.700 EUR gewährt.

-
- 9. Antrag des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. (SkF) auf Gewährung eines Zuschusses zu den Personalkosten zur Unterstützung sexual-pädagogischer Präventionsarbeit in Schulklassen für die Jahre 2027-2028**
Vorlage: V-SOZ/26/207
-

Mitarbeiter im Gesundheitsamt Essing trug entsprechend der Vorlage vor.

Kreistagsabgeordneter Coners führte aus, dass es sich um ein sehr wichtiges Angebot handele, gerade in Zeiten, in denen insbesondere die jungen Menschen sehr durch Social Media geprägt würden. Es sei für die jungen Menschen wichtig zu wissen, dass nur sie über ihren Körper bestimmen dürften. Er fragte, ob dieses Angebot flächendeckend im Landkreis Cloppenburg zur Verfügung stehe. Hierzu erklärte Kreistagsabgeordneter Braun, dass die Schule die sozial-pädagogische Präventionsarbeit beim SkF beantragen müsse. Mitarbeiter im Gesundheitsamt Essing ergänzte, dass dann jede Schule berücksichtigt werde.

Kreistagsabgeordnete Fangmann sagte, dass sie das Angebot für sehr wichtig halte. Bei vielen jungen Menschen erfolge im häuslichen Umfeld keine Aufklärung. Deswegen sei es so wichtig, dass dies durch eine neutrale Person wahrgenommen werde.

Vorsitzende Preuth-Stuke stellte den Beschluss wie vorgetragen zur Abstimmung.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Kreistag zu beschließen:

Dem Sozialdienst katholischer Frauen e.V. wird für die Jahre 2027 bis 2028 jeweils ein Zuschuss in folgender Höhe gewährt:

2027: 19.300,00 EUR

2028: 19.700,00 EUR

-
- 10. Antrag des Betreuungsvereins Cloppenburg e.V. auf Gewährung eines Zuschusses zur Finanzierung von Querschnittsaufgaben für die Jahre 2027-2029**
Vorlage: V-SOZ/26/208
-

Mitarbeiter im Gesundheitsamt Essing trug entsprechend der Vorlage vor.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck sagte, dass er die Arbeit des Betreuungsvereins für sehr wichtig halte. In der Vergangenheit sei es üblich gewesen, einen Bericht mit Zahlen zu den Entwicklungen des Betreuungsvereins vorzulegen; dies sei hier nicht erfolgt.

Die Zahl der Betreuungen sei steigend, werde aber immer weniger von ehrenamtlichen Betreuern durchgeführt. Das müsste sich in der Zahl der durch den Betreuungsverein durchgeführten Schulungen niederschlagen.

Kreisrat Willen sagte zu, dass der Bericht beim Betreuungsverein angefordert und nachgereicht werde.

Im Anschluss stellte Vorsitzende Preuth-Stuke den Beschlussvorschlag wie verlesen zur Abstimmung.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Kreistag zu beschließen:

Dem Betreuungsverein Cloppenburg e. V. wird ein Zuschuss für die Jahre 2027–2029 zur Querschnittsfinanzierung in Höhe von jährlich 60.000,00 EUR als Festbetrag gewährt.

-
- 11. Weitere Bezuschussung Koordinierungsstelle Hospiz- und Palliativnetzwerk Landkreis Cloppenburg nach § 39d Absatz 3 SGB V für die Jahre 2027-2029**
Vorlage: V-SOZ/26/209
-

Mitarbeiter im Gesundheitsamt Essing trug entsprechend der Vorlage vor.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck fragte, wie lange dieser Netzwerkausbau andauere. Es kämen wenig neue Partner dazu. Und wer habe den Antrag gestellt? Dies ergäbe sich nicht aus der Vorlage.

Hierzu erklärte Mitarbeiter im Gesundheitsamt Essing, dass sich neben der Anwerbung von Kooperationspartnern beständig neue Schwerpunkte in der Arbeit ergäben.

Die Antragstellung sei über das Hospiz Wanderlicht in Kooperation mit dem Landkreis Cloppenburg erfolgt. Die Mitarbeiterin sei über das Hospiz angestellt.

KTA Karnbrock sagte, dass seitens der CDU die Arbeit der Kleebaum-Stiftung als sehr positiv bewertet werde. Dieser Antrag werde befürwortet.

Vorsitzende Preuth-Stuke stellte den Beschlussvorschlag wie verlesen zur Abstimmung.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Kreistag zu beschließen, zur Unterstützung der Einrichtung einer Netzwerkkoordination eines regionalen Hospiz- und Palliativnetzwerkes für weitere drei Jahre (2027 – 2029) Mittel in Höhe von jährlich 15.000 EUR zur Verfügung zu stellen, wenn zusätzliche Mittel in Höhe von 15.000 EUR jährlich vom Landesverband der Krankenkassen und Ersatzkassen finanziert werden.

12. Anregungen und Beschwerden

Vorsitzende Preuth-Stuke fragte, ob es Anregungen oder Beschwerden gebe.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck fragte, ob es richtig sei, dass der Senioren- und Pflegestützpunkt (SPN) im Landkreis Cloppenburg keine Beratung für privat versicherte Personen anbiete. Dies sei ihm so berichtet worden. Diese Person sei zur Beratung an die compass-Pflegeberatung verwiesen worden. Der SPN sei ein Angebot des Landkreises Cloppenburg und werde von diesem mitfinanziert. Kreisverwaltungsoberrätin Krenke sagte, dass ihr dies nicht bekannt sei, sie dies aber klären werde. Im Nachgang konnte geklärt werden, dass der SPN auch Pflegeberatung für privat versicherte Personen anbietet, soweit dies dort angefragt wird. Vorrangig ist hier allerdings die compass-Pflegeberatung als Beratungsdienst der privaten Kranken- und Pflegeversicherungen zuständig.

Zudem regte Kreistagsabgeordneter Riesenbeck an, dass er es sinnvoll fände, wenn die Geschäftsführung des Jobcenters alle zwei Jahre über Entwicklungen und Zahlen des Jobcenters berichte. Kreisrat Willen sagte, dass er diese Anregung gerne aufnehmen werde.

13. Anfragen (Gem. § 15 II GO spätestens 3 Tage vor der Sitzung schriftlich beim Landrat eingereicht)

Anfragen lagen nicht vor.

14. Mitteilungen

Kreisverwaltungsoberrätin Krenke berichtete, dass nach der Durchführung einer Mietenanalyse und der Erstellung eines schlüssigen Konzeptes durch die Firma DOMUS Consult Wirtschaftsberatungsgesellschaft mbH, Hamburg, die angemessenen Werte der Kosten der Unterkunft zum 01.07.2026 angepasst worden seien. Diese fänden sowohl bei Leistungen nach dem SGB II als auch nach dem SGB XII Anwendung.



Informationen dazu würden dem Protokoll beigelegt.

Um 18:40 Uhr schloss die Vorsitzende die Sitzung.

Vorsitzende

Landrat

Protokollführerin